



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax : (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 15.12.2010

Auszug aus der Niederschrift der 13. Sitzung des Verkehrsausschusses vom 07.12.2010

öffentlich

5.2 Freigabe von Planungsmitteln für einen Wettbewerb zur barrierefreien Anbindung der Südbrücke Teilfinanzplan 1202 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV 3379/2010

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 06.12.2010**
AN/2328/2010

Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 07.12.2010
AN/2329/2010

RM Tull teilt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, dass sie eine Anbindung der Südbrücke vom Friedenspark aus für wenig sinnvoll halte und sie daher eine Anbindung über die Ostseite der Rheinuferstraße favorisiere. Sie erhoffe sich von dem Wettbewerb trotz der schwierigen Bedingungen in dieser Hinsicht vernünftige Ideen. Den CDU-Antrag, dem Planungswettbewerb noch einen einfachen Ideenwettbewerb vorzuschalten, erachte sie für nicht Ziel führend. Sie bitte die CDU-Fraktion um weitere Erläuterungen zu deren Intention.

RM Möring führt seitens der CDU-Fraktion aus, dass der von der Verwaltung beabsichtigte Planungswettbewerb sehr kostenträchtig sei und die große Gefahr bestehe, dass eine mehrere Millionen € teure Lösung gefunden werde, die dann auf absehbarer Zeit nicht realisiert werden könne. Der von seiner Fraktion angeregte Ideenwettbewerb sei wesentlich kostengünstiger und lasse kreative Lösungsvorschläge erwarten. Er betont, dass diesem Wettbewerb auch nicht zwingend ein Planungswettbewerb folgen müsse; dieser sollte zunächst ausgesetzt und die Ergebnisse in den

Gremien beraten werden. Aus seiner Sicht sollte auch keine Einschränkung dahingehend erfolgen, dass die Anbindung der Südbrücke nur von der Ostseite her durchgeführt werden sollte. Er halte einen Ideenwettbewerb in einem ersten Schritt für die preisgünstigste Lösung und bitte zu bedenken, dass die von der Verwaltung vorgelegte Prioritätenliste weitere wichtige Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit, wie z.B. die Haltestelle Vingst, beinhalte.

Ausschussvorsitzender Waddey räumt ein, dass ein kostenintensives Ergebnis in der Tat in den nächsten Jahren nicht realisiert werden könne; er erhoffe sich jedoch eine intelligente, deutlich preisgünstigere Lösung. Die Beschränkung auf die Ostseite sei in der Anzahl der Nutzer der Brücke begründet. Er schätze diese auf mindestens 80 %. Auch die Bürger, die den Rhein vom Rheinauhafen aus überqueren wollen, nutzen nicht die Südbrücke sondern vielmehr den Übergang am Kap am Südkai. Er möchte sich dem Vorschlag eines Ideenwettbewerbs jedoch nicht in Gänze verwehren und bitte daher die Verwaltung um eine entsprechende Einschätzung.

BG Streitberger legt dar, dass ein Ideenwettbewerb durchaus möglich sei. Eine Vorklärung in persönlichen Gesprächen mit den Hochschulen sei hierzu sinnvoll. Das Verfahren bedürfe selbstverständlich auch einer gewissen Betreuung durch die Verwaltung und sollte zudem den beteiligten Studierenden Preisgelder in Aussicht stellen. Er denke, dass diese kostenmäßig deutlich unter denen liegen, die ein geregeltes Verfahren verursachen würde. Ob die Ergebnisse belastbar und umsetzbar seien, bleibe abzuwarten. Sofern dies gewünscht werde, werde die Verwaltung die Kosten eines Ideenwettbewerbes abklären, um dem Ausschuss eine qualifizierte Entscheidungsgrundlage zu geben.

SE Fahlenbock betont nachdrücklich, dass die Prioritätenliste für den Umbau von Stadtbahnhaltestellen auch weiterhin Bestand haben sollte und die barrierefreie Anbindung der Südbrücke hiervon unabhängig gesehen werden sollte. Es sollte aus seiner Sicht hier nicht „entweder oder“ heißen.

Vorsitzender Waddey weist jedoch darauf hin, dass dies auch unter Berücksichtigung von Zuschussmitteln letztlich eine Frage der Finanzen sei. Er und RM Möring schlagen vor, die Beschlussfassung heute zurückzustellen und den Vorschlag des Beigeordneten, zunächst die Kosten eines Ideenwettbewerbes zu prüfen, anzunehmen. Bei der Prüfung sollte auch eruiert werden, welche Hochschulen überhaupt Interesse hätten und wie hoch das Preisgeld angesetzt werden sollte.

Es besteht Einvernehmen, so zu verfahren.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt die Beschlussfassung über die Verwaltungsvorlage und die vorliegenden Änderungsanträge bis zur nächsten Sitzung am 18.01.2011 zurück. Die Verwaltung wird gebeten zunächst zu prüfen, ob und inwieweit ein einfacher Ideenwettbewerb mit geeigneten Instituten der Universität oder den Fachhochschulen durchgeführt werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt